

V. Das Staatsgrundgesetz von 1849

1. Die Regierungsvorlage

Wie Heldman vorausgesagt hatte, war die Wahl zum Landtag von 1849 eine Enttäuschung. Wahlberechtigte Massen waren zur Genüge vorhanden, aber man brachte stellenweise nur verschwindende Bruchteile an den Wahl Tisch. Nur drei Abgeordnete konnten sich in Wahrheit als Vertreter einer geringen Mehrheit ihrer Bezirke betrachten. Programme und Glaubensbekenntnisse waren in Menge unter die Leute gebracht, in Versammlungen hatte man endlos sich heiser geredet. Wie immer und überall hatte man mit Versprechungen um sich geworfen, hatte jedem Armen das Himmelreich verheißen und auf Erden das sagenhafte Stück Kartoffelland und Steuerfreiheit. Die Masse Mensch ist politisch furchtsam, wenn sie nicht organisiert und geführt wird. Es war eben die erste Wahl, noch hatte sich nichts abgespielt. Die Regierung zog ihre Lehre daraus. Als im Verlauf der Tagung gegen Ende des Jahres nach der Auflösung der Frankfurter Nationalversammlung ein lippischer Abgeordneter für das Volkshaus des Erfurter Reichstages gewählt werden mußte, ließ sie die Wahl wieder durch Wahlmänner vornehmen, ohne im Landtag Widerspruch zu finden.

Wie aber stand es um das Wahlprogramm?

Fürst und Regierung hielten daran fest, daß die Verfassung von 1836 noch zu Recht bestand, soweit sie nicht durch das Wahlgesetz vom 16. Januar 1849 ab-

geändert war. In der gleichzeitigen Verordnung über die Zusammensetzung des Landtags und die Ausübung seiner Rechte waren den Abgeordneten ausdrücklich bis zur Feststellung einer neuen Verfassung sämtliche den ehemaligen Landständen verfassungsmäßig zustehenden und außerdem noch durch das Patent vom 9. März 1848 zugesicherten Rechte anerkannt worden.

Dieser vermeintlich unfruchtbare Rechtsboden der alten Landstände, der so muffig roch, war für die Radikalen keine Plattform, auf der sich verhandeln ließ. Wie nach ihrer Auffassung ihre Abgeordneten im Landtage die Gesamtheit des Volks und damit die uneingeschränkte Volkssouveränität vertreten, so setzt auch die Volkskammer, diese Bezeichnung will man trotz des Widerspruchs des vergangenen Landtags beibehalten, allein ihre Rechte fest und „sanctionirt sie durch die Constituirung der Verfassung“. Dieser zukünftige Landtag, der aus der Revolution heraus geboren ist, ist verfassungsgebend. Er gibt eine Verfassung, er vereinbart sie nicht! Aus eigener Machtvollkommenheit wird das Volk selbst die neue Verfassung feststellen, ohne daß der Fürst sich einzumischen hat. Einfach war diese Vorstellung nicht, da ihr zuviel Vergangenheit entgegenstand. Aber auch Leute, die sonst durchaus wohlgesinnt, regierungstreu und antidemokratisch waren, sind von ihr überwältigt. In den radikalen Kreisen aber, in denen man versteckt, bisweilen auch offen, mit der Republik liebäugelt, überlegt man ernsthaft, wie man den Fürsten beseitigen kann, ohne daß das Volk es merkt, um ungehindert an das Domanium heranzukommen. Das ist ihre Auffassung von „constituierend“. Das Domanium! Es ist viel wichtiger als die Verfassung!

Die Hauptgrundzüge des demokratischen Wahlprogramms sind einfach: alle Gewalt geht vom Volk aus; die Initiative der Volkskammer ist das Mindestmaß von Recht bei der Gesetzgebung; der Fürst ist unverantwortlich; die Mitglieder der Regierung übernehmen für ihn und ihre eigenen Regierungshandlungen

gen die volle Verantwortung; der Fürst hat das suspensive Veto für zwei Sitzungsperioden; das Domainialvermögen wird als Staatsgut eingezogen; der Landesherr bekommt für sich und seine Familie eine möglichst niedrige, allenfalls billige Zivilliste, sein Bruder eine Apanage, alle sonstigen Prinzen und Prinzessinnen nichts¹⁾. Das hörte man schließlich anderwärts auch, vielleicht mit ein bißchen anderen Worten. Aber welches Mindestmaß an Macht stand hinter diesem Geschrei?

In den gemäßigten Kreisen des Landes war man nicht gesonnen, die Verbindung mit der Vergangenheit ohne weiteres zu opfern, wenn man auch weitgehend bereit war, Zugeständnisse zu machen. Hier hielt man die Aufstellung einer neuen Verfassungsurkunde durchaus nicht für notwendig. Man kann auch ohne sie eine sehr starke Verfassung haben, wie das englische Vorbild bewies, wenn man die allmählich überalterten Vorschriften immerfort durch bessere ersetzt und die bemerkbaren Lücken ausfüllt. Man hielt es sogar für töricht, eine nagelneue Verfassung für einen schon seit Jahrhunderten bestehenden Staat einführen zu wollen. Wer aus der Geschichte zu lernen verstand, dem konnte es nicht entgehen, daß derartige Versuche noch jedesmal gescheitert waren, man dachte dabei an das

¹⁾ Prof. E. Selwing-Berlin, ein Lemgoer, ließ am 8. März 1849 einen Aufsatz über „Die Bippische Domainen-Frage“ im Bipp. Volksblatt 1849, Nr. 10, zweite Beilage, erscheinen, den er mit den Worten abschließt: „Wie vergeßlich ist dieses Geschlecht. Noch ist kein halbes Jahrhundert verflossen, als eine großsinnige Frau mit starker Hand das Land aus den Stürmen errettete und in einen blühenden Garten umschuf; jetzt erheben die Söhne der Geretteten ihren lüfternen Blick zu dem Erbtheile, dessen sorgsame Verwalterin eben jene Frau war für ihre Nachkommen. Sie fordern die Domainen und wollen sie theilen!“ An einer anderen Stelle sagt er, nachdem er die Wahlbewegung in Lemgo mitgemacht hatte: „Ich schämte mich zum ersten Male in meinem Leben meiner Vaterstadt.“

Schicksal Frankreichs. Die Aufgabe des künftigen Landtags kann deshalb keine andere sein, als die bestehende Verfassung in Gemeinschaft mit der Regierung zu ergänzen und da zu ändern, wo eine Veränderung zeitgemäß war. Es war die Weisheit der Fürstin Pauline! Ein Vernünftiger schrieb damals zur Tageslage: „Nicht durch bloße Verfassungen kann das deutsche Volk vor dem Verfall bewahrt werden, sondern die einzelnen Individuen müssen erst wieder sittlich werden; hier muß die Wiedergeburt beginnen, und dann wird schon ein neuer gesunder Geist die gehörigen Formen des Lebens finden und treffen¹⁾.“ Noch hatten die Volksvertreter nicht die Initiative. Noch konnte nur auf dem Wege der Vereinbarung positives Recht geschaffen werden.

Als man in der Regierung begann, sich mit der neuen Verfassung oder dem Staatsgrundgesetz zu beschäftigen, riet Heldman, sich lediglich auf eine Umarbeitung der amtlich nicht aufgehobenen Verfassungsurkunde von 1836 zu beschränken. Man hätte seine Auffassung in weiten Kreisen des Landes gewiß mit Beifall aufgenommen. Aber nicht er, sondern Geheimrat Piderit übernahm die Ausarbeitung eines neuen Entwurfs. Möglich, daß bei ihm ein wenig Eitelkeit mitsprach, etwas unbedingt Neues zu schaffen, Heldmans Gedanke war sicher gesünder und wohl auch logischer. Auch der weitere Gedanke Piderits, daß die Vorlage besser aus freiem Willen erfolge, als daß sie der Regierung abgedrungen werde, konnte immerhin einem Fragezeichen begegnen, das man am Rande seines Entwurfs an dieser Stelle tatsächlich sieht. Wie bisher noch stets, behandelte Piderit die ganze revolutionäre Bewegung in Lippe mit ihren „hohlen Theorien und hochtrabenden Phrasen“ etwas zu über-

¹⁾ Lippisches Volksblatt, 1849, Nr. 32, „Das suspensive Veto“, Sp. 464.

legen. Dennoch wird er, um jedem Anlaß zu Einwürlen, Widerständen, Lärmen zuvorzukommen, den Volksvertretern alle Rechte einräumen, die ihnen nach Ansicht der Zeit nicht mehr versagt werden können. Für sein Werk benutzte er die Verfassungsurkunde für das Herzogtum Anhalt-Dessau, die den Stempel des Radikalismus an der Stirn trug, den Entwurf des Staatsgrundgesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, das sich ebenfalls zu Zugeständnissen hatte verstehen müssen, und den an sich recht mageren Entwurf zu einer Verfassungsurkunde für das Herzogtum Meiningen. Außerdem war auch die Reichsverfassung inzwischen im März fertig geworden. An keinen dieser Entwürfe hand sich Piderit vorwiegend, er benutzte sie alle, ging aber eigene Wege.

Seinen Entwurf gliederte er in vier Abteilungen. Der erste Abschnitt handelt von dem Staatsgebiet, der Staatsangehörigkeit und dem Staatsbürgerrecht. Hier hätten alle Rechte, die dem deutschen Volk durch die Grundrechte zugesichert waren, einzeln aufgenommen werden können, wie es in Dessau und in Oldenburg geschehen war. Piderit hielt aber die Wiederholung für unnötig und beschränkte sich auf die Erklärung, daß die durch das Reichsgesetz vom 27. Dezember 1848 verkündeten und einen Bestand der Reichsverfassung bildenden Grundrechte des deutschen Volks jedem Lipper gewährleistet werden. Im übrigen ist das Fürstentum Lippe ein unteilbares, verfassungsmäßig vereinigtcs Staatsgebiet, das zugleich als Bestandteil des Deutschen Reichs unter Reichsgewalt und Reichsgesetzen steht und von dem ohne Zustimmung des Landtags kein Gebietsteil abgetrennt oder mit benachbarten Staaten ausgetauscht werden kann. In ihm ist jeder volljährige männliche Staatsangehörige Staatsbürger.

Der zweite Abschnitt handelt von dem Fürsten. Er ist erbliches Staatsoberhaupt, unverleßlich, unverantwortlich. Seine Regierungshandlungen bedürfen der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen

Regierungsmitgliedes. Die Landesregierung vererbt sich im Mannesstamme nach Erstgeburt und Linearfolge. Die erbherrlichen Verhältnisse der Nebenlinien hatte Piderit mit Stillschweigen übergangen, da er ihnen eine Teilnahme am Landtage wie zur altländischen Zeit oder sonst einen Einfluß auf Regierung und Landesverwaltung nicht mehr einräumen konnte. Ihre Ansprüche beruhten auf Verträgen, die jetzt nur nach Grundsätzen des Privatrechts beurteilt werden. Den minderjährigen Fürsten vertritt eine Regentschaft, die, falls nicht der Regierungsvorgänger mit Zustimmung des Landtags eine andere Verfügung getroffen hat, der leiblichen Mutter oder im Falle ihrer Behinderung dem zunächststehenden volljährigen und regierungsfähigen Prinzen zufällt. Über die Notwendigkeit einer bei Lebzeiten des Fürsten anzunehmenden Regentschaft steht dem Landtag die Entscheidung zu, er hat auch die Wahl, falls es an einer zur Regentschaft berechtigten oder befähigten Person fehlt. Eine unmittelbare Teilnahme von Landtagsabgeordneten nach dem pactum tutorium von 1667 ist nicht mehr vorgesehen.

Bei jedem Regierungswechsel gelobt der Fürst oder Regent, bevor sie die Regierung antreten, schriftlich, die Verfassung unverbrüchlich zu erhalten. Im Gegensatz zu anderen neueren Verfassungen, die das Staatsoberhaupt verpflichteten, gewöhnlich in Gegenwart der Landesvertreter die Erhaltung und Beachtung der Verfassung anzugeloben, beschränkte Piderit den Fürsten auf die Ausstellung eines schriftlichen Reverses oder Gelöbnisses. Der Fürst darf weiter nicht in Dienstpflichten eines anderen Staates stehen, auch nicht den Sitz der Staatsregierung außerhalb des Landes verlegen.

Der Fürst übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Landtage aus, verkündet die Gesetze und übernimmt ihre Ausführung. Das war der Kernpunkt der ganzen Verfassung! Einstimmig verlangt die Regierung für den Fürsten das unbedingte abso-

lute Veto. Der Streit, der deshalb in allen deutschen Bundesstaaten auf der Tagesordnung stand, war auch in Lippe nicht zu umgehen. Man war nicht geneigt, in diesem Punkte irgendwie nachzugeben. Der Fürst vertritt das Land nach außen und unterhält Gesandte. Er hat die vollziehende Gewalt, überwacht die innere Staatsverwaltung und besetzt alle Staatsämter, soweit er nicht beschränkt ist. Er hat den Oberbefehl über die bewaffnete Macht, hat das Begnadigungsrecht, soweit nicht der Landtag zustimmt. Seine Bedürfnisse werden durch Aufkünfte aus den Domänen bestritten. Da über das Domanialvermögen zugleich Unterhandlungen stattfanden, so war es am zweckmäßigsten, hier nur auf das Abkommen zu verweisen. In seinen privatrechtlichen Beziehungen gibt und nimmt der Fürst vor den ordentlichen Landesgerichten Recht.

Der ausführlichste dritte Abschnitt handelt von dem Landtage. Die Vorschriften über seine Zusammensetzung, Organisation, Geschäftsgang wurden aus dem Wahlgesetz übernommen. Man hatte aber damals die Bestimmung vergessen, wie lange die Abgeordneten ihr Amt zu verwalten hatten. Sie wurde hier nachgeholt. Piderit schlug eine Amtsdauer von sechs Jahren vor in Übereinstimmung mit früheren Einrichtungen. Neuwahlen während eines Landtags werden von der Regierung angeordnet. Piderit wollte warten, bis sie vom Landtage beantragt wurden, da Abgeordnete genug vorhanden waren, aber seine Kollegen wünschten das nicht. In der ehemaligen Ständeverammlung spielte von jeher der Landsyndikus eine große Rolle, eigentlich die Hauptrolle, er war im Geschäftsleben gewissermaßen die Seele der Stände von Ritterschaft und Städten. In das neue System paßte er kaum noch hinein, man hatte ihn deshalb wohl nirgends wieder eingefügt. Organe der Volkstammer sind der Präsident, der Vizepräsident und die Schriftführer geworden. Letztere besorgen hauptsächlich die Geschäfte des ehemaligen Landsyndikus. Man wollte

abwarten, wie sich der Landtag zu dieser Frage stellte. Die Einrichtung der Ausschüsse, die in der Zwischenzeit von einem Landtag zum anderen ihn vertreten und seine Rechte wahrnehmen, wollte Piderit unter allen Umständen beibehalten, aber er konnte in keiner neueren Verfassung finden, daß sie eine Verwaltungstätigkeit ausübten. Dennoch waren sie erforderlich, um sie in dringenden Finanzfällen oder bei dem Erlaß eines eiligen Gesetzes vorbehaltlich der späteren Genehmigung des Landtags zuziehen zu können.

Der Landtag hat das Recht der Beschwerdeführung und der Anklage, die Regierungsmitglieder sind bei dem Reichsgericht, andere Beamte bei dem zuständigen Landgericht zu belangen. Er ist befugt, Beschwerden, Anträge und Gesuche entgegenzunehmen und zu befürworten, die Regierung ist zur Rückäußerung verpflichtet. Landesgesetze können nur mit seiner Zustimmung erlassen, aufgehoben, abgeändert oder authentisch ausgelegt werden. Das waren bekannte Rechte. Hatte man aber früher das große Bedenken gehabt, den Ständen die Initiative einzuräumen, den Volksvertretern konnte man sie nicht gut mehr vorenthalten. Demnach kann der Landtag hinfort Gesetze beantragen und auch ausarbeiten. Ohne seine Zustimmung können keine Steuern ausgeschrieben, keine Anleihen aufgenommen werden. Er kontrolliert die Landesfinanzverwaltung.

Nach der alten landständischen Verfassung gehörte bekanntlich zu den besonderen Rechten der Landstände die Teilnahme an einer vormundschaftlichen Regierung und am Generalhofgericht durch Abordnung von zwei Kommissaren. Piderit fand die vormundschaftliche Beteiligung in keiner neuen Verfassung und hielt sie auch im modernen Staatsleben für unbegründet. Präsident Petri aber wollte auf das alte Hausgesetz nicht verzichten, wenn er auch befürchtete, daß das pactum tutorium eine starke Opposition finden werde, in der sich voraussichtlich alle politischen Richtungen ver-

einigten. Er riet deshalb, um vorzubeugen, in der Debatte den Regentschaftsrat vorzuschlagen, der aus dem Präsidenten der Regierung, einem Mitglied der Regierung und einem Landtagsmitglied bestehen soll. Die Teilnahme aber am Generalhofgericht wollte Piderit wegen der bevorstehenden Justizorganisation fortlassen.

Der Fürst schließt den Landtag, kann ihn auflösen und Neuwahl anordnen. Der Landtag muß spätestens drei Monate nach der Auflösung zusammentreten. Geschieht das nicht, dann treten die neuernwählten oder, falls sie noch nicht vorhanden sind, die alten Abgeordneten aus eigener Machtvollkommenheit zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte zusammen. Der Fürst hat das Recht der Vertagung bis höchstens sechs Wochen. Der Landtag kann sich selbst vertagen. Die schließliche Erklärung des Fürsten erfolgt in Landtagsabschieden.

Der letzte Abschnitt handelt von der Landesverwaltung. Er gibt nähere Bestimmungen über Stellung und Verantwortlichkeit der Regierung. Da er aber auch andere Zweige der Staatsverwaltung heranzieht, Justiz, Kirche, selbst das Militär, fand man die Überschrift nicht besonders glücklich, fand aber zunächst keine geeignetere, wollte man den ganzen Abschnitt nicht in einzelne Teile zerlegen. Auch fehlte dem ganzen Staatsgrundgesetz ein richtiger Abschluß, selbst die Aufhebung entgegenstehender Gesetze und Verordnungen war nicht vorgesehen. Hauptsächlich streift er nur Grundzüge der wichtigsten Verwaltungszweige und verweist viel auf andere vorhandene oder zukünftige organische Gesetze, z. B. zur Ordnung der Dienstverhältnisse auf das kommende Staatsdienergesetz, auf das Gesetz über Trennung von Staat und Kirche, auf die zukünftige Schulordnung, auf die Revision der Städteordnung und der Landgemeindeordnung. Die Justizpflege ist von der Verwaltung getrennt. Alle Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz

gleich. Patrimonialgerichte werden aufgehoben, Ausnahme macht nur die bewaffnete Macht. Die Wehrpflicht ist für alle gleich. Steuereinschätzung erfolgt ohne Befreiung nach der Leistungsfähigkeit. Jeder Staatsangehörige muß zugleich einem Gemeindeverband angehören.

Diesen Entwurf eines Staatsgrundgesetzes veröffentlichte die Regierung in ihrem amtlichen Anzeiger am 2. Juni 1849.

2. Der Entwurf des Verfassungsausschusses

Als sich der lippische Landtag am 11. Juni zu seiner ersten Sitzung zusammenfand, hatten sich seit Ausgang der Wahlen die politischen Verhältnisse im Deutschen Reich ganz wesentlich geändert. Im März war die Reichsverfassung vollendet. Mit ihr hatte die Frankfurter Nationalversammlung dem König von Preußen die Würde eines deutschen Kaisers angeboten. Wie Friedrich Wilhelm IV. diese bedenklich revolutionäre Krone, die mit zuviel demokratischem Öl gesalbt war, entschieden ablehnte, war auch die Reichsverfassung von den größeren deutschen Staaten, Preußen, Bayern, Hannover, Sachsen, nicht angenommen worden. Es kam darüber zu weitverzweigten revolutionären Störungen selbst in dem benachbarten Westfalen. Sie änderten aber nichts an der Tatsache, daß die Märzrevolution erledigt war. Das Reichsministerium nahm seine Entlassung, der Reichsverweser trat zurück. Die besten Köpfe verließen die Paulskirche, Österreich, Preußen, Sachsen, Hannover riefen ihre Abgeordneten ab. Was an Republikanern, Demokraten und Radikalen noch übrigblieb, versammelte sich zu einem Rumpsparlament in Stuttgart. Auch dies wurde am 18. Juni auseinandergejagt.

Wollte der lippische Landtag angesichts dieser Tatsachen noch weiter Revolution machen, mußte er es auf eigene Faust tun. Wochenlang hatten die radi-

talien Elemente im Lande den Aufruhr gepredigt. Als sie jetzt merkten, daß niemand mehr nach ihrer Pseife tanzen wollte, bliesen sie überraschend zum Rückzug und verkündeten, daß die rote Fahne der Republik, um Zwietracht in den eigenen Reihen zu vermeiden, einstweilen verhüllt würde, bis das Volk selbst sie in seiner Mehrheit wieder entfaltete. Lippe war demnach noch nicht reif für die Republik.

Einen kurzen Blick zuvor auf den Landtag selbst. Die Abgeordneten hatten es nicht abwarten können, bis man sie nach Detmold rief. Angesichts der über Deutschland hereinbrechenden Kriegstürme hatten sie den Fürsten am 14. Mai, einen Tag bevor die amtliche Einladung erging, schon gebeten, ihre staatliche Einrichtung im Sinne der Neuzeit Hand in Hand mit der Volksvertretung zu beschleunigen. Sie selbst nennen sich „Volksabgeordnete“ und sprechen von ihrer „Volkskammer“. In der runden lutherischen Kirche sitzen sie um einen Mittertisch, an dem das Präsidium, die zwei Schriftführer und die Regierungskommissare Platz nehmen, in vier Abteilungen. Ganz links die Radikalen und ganz rechts reaktionär gerichtete Männer. Zwischen diesen beiden Flügeln saß sehr viel Mitte, die je nachdem bald rechts, bald links gewandt war¹⁾. Organisiert war keine Richtung.

Dieser Landtag von 1849 blieb vom 11. Juni bis zum März 1850 versammelt, mit zwei Vertagungen zur Erntezeit und zu Weihnachten. An jedem Tage vormittags und meist auch nachmittags kamen die Abgeordneten in ihrer lutherischen Kirche zusammen,

¹⁾ Dr. Hann. Fischer: Die Verfassungszustände des Fürstenthums Lippe, Detmold 1853, S. 39, berechnete nach den Abstimmungen als politische Färbung dieses Landtags: 2 Männer der rechten Seite, 5 des rechten Zentrums, 9 des linken Zentrums und 9 der extremen Linken. Die meisten und wichtigsten Beschlüsse seien in der Regel nur mit der geringen Mehrheit von 2—3 Stimmen gefaßt.

debattierten und redeten endlos, ganz wie ihre Kollegen in der Frankfurter Paulskirche¹⁾.

Die Verfassungsfrage begann am 14. Juni gleich mit einer gereizten Auseinandersetzung über die Gültigkeit der Urkunde von 1836. Schließlich wählte man einen Ausschuß von neun Abgeordneten, der die ganze Arbeit vorbereiten sollte. In ihm saßen vier stark links gerichtete Männer, der Pastor Kuhlemann von Lemgo, der Syndikus Hausmann von Horn, der Syndikus Hildebrand von Barntrup und Dr. Leizmann von Lemgo, der Mitherausgeber der „Wage“. Die anderen waren der Amtsassessor König von Blomberg, der Weinhändler Böhmer ebenfalls von Blomberg, der Kanzleirat Althof von Detmold, der Amtmann Meyer von Varenholz und Moritz Petri. Dieser war der Vorsitzende, Hausmann der Berichterstatter. Schon in der Dezembertagung hatte Petri seinen Platz im Landtag wieder eingenommen und war auch Ausschußdeputierter gewesen. Als ob nichts vorgegangen war, hatte man nicht einmal seinen Austritt aus der Regierung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, obwohl er ausdrücklich für die Dauer des außerordentlichen Landtags zum Regierungskommissar ernannt war und dieser außerordentliche Landtag im Dezember weitertagte. In den Revolutionslandtag war er mit Hilfe

¹⁾ Die Meyersche Hofbuchhandlung hatte beabsichtigt, während dieser Zeit einen „Lippischen Landboten“ erscheinen zu lassen, der einen möglichst vollständigen Bericht der Verhandlungen und die stenographierten vorzüglichsten Reden jedes einzelnen Abgeordneten, „gleichviel, ob dieselben Sinn oder Unsinn enthalten“, versprach. Sehr schnell aber erklärte der Stenograph, daß es ihm unmöglich sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen, da er teils seine Kräfte überschätzt hätte, teils die Reden zu unregelmäßig und zu undeutlich geführt würden, um ihnen gehörig folgen zu können. Gewiß sehr euphemistisch ausgedrückt! Jedoch das Unternehmen unterblieb. Bekanntmachung vom 13. Juni 1849 im Lipp. Volksblatt, 1849, Nr. 24.

des Handwerkerstandes in Detmold immerhin mit einiger Mehrheit gewählt worden.

Schon bei der ersten Verlesung der Regierungsvorlage wurden bei einzelnen Paragraphen soviel Erinnerungen und Bemerkungen dazwischengeworfen, daß man am Schluß zu dem Ergebnis kam, sie als unbrauchbare Grundlage beiseite zu legen. Einmal ihrer äußeren Form nach, ihr fehlten einleitende Grundsätze, man vermißte den logischen Zusammenhang und die klare Absonderung der einzelnen Materien. Dann aber spürte man inhaltlich nichts vom Geist der Reichsverfassung, nichts von den Volksrechten, um derentwillen man revolutionierte. Bestimmt ersuchte man Petri, Althof und Hausmann als Unterausschuß andere selbständige Entwürfe zu prüfen. Bereits hatte Althof eine eigene Arbeit mitgebracht. Ebenfalls verfaßte Hausmann in Gemeinschaft mit Hildebrand eine Urkunde, die die Regierungsvorlage, den Althof'schen Entwurf, die Belgische und die Dessausche Verfassung, vorzugsweise aber die Reichsverfassung ausschöpfte. Es wurde beschlossen, diesen Hausmann'schen Entwurf der weiteren Beratung zugrunde zu legen und ihn der Vollversammlung zu überreichen¹⁾. Der Hauptunterschied zwischen dem Kommissionsentwurf und der Regierungsvorlage bestand, wie vorauszusehen war, darin, daß nach jenem die letzte entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung die Vertretung des Volks im Landtag hatte und der Fürst nur das Recht, die Gültigkeit der Landtagsbeschlüsse zur Vermeidung etwaiger Übereilungen durch Verweigerung seiner Zustimmung für die Dauer gewisser Jahre zu hindern, während nach der Regierungsvorlage im Gegensatz zu dem suspensiven Veto der Fürst befugt war, Landtagsbeschlüsse durch seinen Widerspruch für alle Zeiten unwirksam zu machen, also das absolute Veto besaß.

¹⁾ Das überkorrigierte Exemplar liegt bei den Landtagsakten von 1849.

Um die Wirkung der ersten Überraschung schon im voraus zu mildern, bat man Piderit und Heldman um eine kurze Aussprache. Als sie aber hörten, was geschehen war, lehnten sie den Kommissionsentwurf rundweg ab.

Dennoch wurde er der Vollversammlung vorgelegt in dem Bewußtsein, daß seine Grundsätze ausreichend in der Frankfurter Paulskirche erörtert worden wären. Allein Moriz Petri hatte als einziges Ausschußmitglied diesen Entwurf nicht unterschrieben. Er behielt sich vor, ein eigenes Gutachten nachzuliefern.

In der Sitzung vom 25. Juli verlas Hausmann den Bericht des Ausschusses. Als er dann auch den Verfassungsentwurf des Ausschusses vorlesen wollte, gab es einigen Widerspruch. Aber schließlich ließ man sich den Vorgang gefallen. Dann aber nahm Piderit das Wort und erklärte, daß er vor allen Dingen ein Gutachten des Landtags über die von der Regierung vorgelegte Vorlage erwarte. Nach § 32 der Verfassung von 1836 sei es das Recht und die Pflicht des Landtags, ein auf alle Punkte der landesherrlichen Regierungsvorlagen gerichtetes, nach Möglichkeit erschöpfendes und wohlerwogenes Gutachten zu erstatten. Bevor dieser Pflicht nicht genügt sei, werde sich die Regierung auf den Entwurf des Ausschusses nicht einlassen. Er warnte, unnötigerweise Konflikte herbeizuführen.

Zuhörer, die dieser Szene beiwohnten, hatten, als sie in dem Ausschußbericht von der Nationalversammlung, von der Reichsverfassung und von Reichsgesetzen hörten, als ihnen das Motto „Alle Gewalt geht vom Volke aus“ an das Ohr schlug, das als Paraphrase den ganzen Kommissionsentwurf durchräucherte, den Eindruck, als befände sich das lippische Land auf einer Sandwichinsel und hätte von dem, was in Deutschland und in Europa vorging, nie etwas gehört. Es war etwas Trostloses um dies Zwitterding zwischen Monarchie und Republik, um diese Volkssouveränität, deren innerster Kern das unsittliche Motiv des Miß-

trauens bildete. So faßte man es wenigstens in der Öffentlichkeit auf. Ehrlicher hätte man sich mit der letzten Folgerung abgefunden: der Landtag wählt jährlich aus seiner Mitte die Regierung mit der Präsidenschaft und schafft das erbliche Fürstentum ab.

In der Sitzung vom 31. Juli verlas Moritz Petri sein Gutachten zum Ausschußbericht. Er bekannte sich gegen die Auffassung des Ausschusses und des Unterausschusses. Die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung hatte im § 187 unter den Grundrechten, welche den Verfassungen der Einzelstaaten zur Norm dienen sollten, die Bestimmung: „Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung.“ Mit dieser Bestimmung war für Petri die vielfach umstrittene Frage erledigt. Außerdem war das bis 1848 streitig gewesene votum negativum den Ständen, ehe noch die Nationalversammlung überhaupt zusammentrat, durch das Patent vom 9. März 1848 zugesichert worden. Der Ausschußentwurf ging über Grundrechte und Patent hinaus, wenn er die Entscheidung allein dem Landtag zuwies. Auch irrte er, wenn er einen derartigen Vorgang in allen Verfassungen, deren er sich bedient hatte, gefunden haben wollte, nur die Dessauer kannte ähnliche Bestimmungen. Der Gang, den der Kommissionsentwurf einschlug, war schon im Juni 1848 von der Nationalversammlung als falsch erkannt worden. Das waren die Gründe, weshalb Petri gegen den Kommissionsentwurf gestimmt hatte. Er beantragte seine Zurückverweisung an den Ausschuß.

In der Sitzung vom 7. August, in der die erste Lesung beginnen sollte, erbat der Abgeordnete Althof das Wort zu einem Dringlichkeitsantrag. Nur mit der schwachen Mehrheit von zwei Stimmen war man bereit, ihn anzuhören. Auch er hatte, wie er jetzt mitteilte, im Ausschuß nur unter Vorbehalt sich für eine freisinnige und zeitgemäße Verfassung ausgesprochen. Um voraussichtlichen Konflikten zwischen Regierung und Landtag vorzubeugen, beantragte er, das ganze

Verfassungsmaterial an Heinrich von Gagern, Dahmann, Gervinus, Mittermaier und Welcker zur Begutachtung zu schicken und bis zum Eintreffen ihrer Antwort die Beratung auszusetzen.

Als flog ein Funken in ein Pulverfaß, so wirkte dieser Antrag. Ausgerechnet an Männer, fragte man, die schmähsch aus der Nationalversammlung ausgerissen wären und später ihr Werk verleugnet hätten? Ausgerechnet an Männer, die ausgesprochen hochkonservativ wären? Dies Armutszeugnis soll sich der lippische Landtag ausstellen? Gegen sechs Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

Man kam zur Beratung über die Verfassung.

Im Hause herrscht eine gespannte Erwartung. Alle Abgeordneten sind gereizt und scheinen bereit, einander in die Haare zu fahren. Jemand beantragt abzustimmen, welcher Entwurf zugrunde gelegt werden soll. Piderit entwickelt nochmals die Ansicht der Regierung und lehnt den Kommissionsentwurf als unannehmbar ab.

Man hat keine Angst vor seinen Drohungen. Von der Verfassung von 1836 will man nichts mehr wissen. Hat der Landtag die Initiative, dann hat er auch das Recht, selbständige Entwürfe vorzulegen. Aber wenn man darüber noch nicht abstimmen will, welche Vorlage vorzuziehen sei, gut, dann soll man sich sofort über das Veto entscheiden. Endlos sprach man hin und her. Von rechts beglückwünscht man die Regierung zu ihrer Haltung. Endlich sei der Schlange der Revolution der Kopf zertreten. Die Linke heult auf — das Volk wartet auf seine Sonne. Petri beantragt nochmals, den Entwurf an den Ausschuß zurückzuverweisen. Endlich schlug der Vorsitzende vor, alle Ansichten dahin zu vereinigen, daß zuvor abgestimmt werde, ob zunächst über die Hauptgrundsätze beider Entwürfe zu verhandeln sei. Damit war man einverstanden und vertagte sich für diesen Tag.

Auch am nächsten Tage kam man nicht weiter. Man sprach wieder über alles mögliche und versuchte auch

die Betosfrage über das Knie zu brechen. Von einem Abgeordneten wird beantragt, erst das Wahlgesetz zu revidieren, von einem anderen, einen neuen Ausschuß von drei Mitgliedern zu bilden, der nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse mit der Regierung eine Verständigung über die wesentlichsten Punkte des Verfassungsgesetzes vorbereiten soll. Beides reine Verlegenheiten. Die Anträge werden in namentlicher Abstimmung umständlich abgelehnt, da die Linke sich gegen jede Zurückverweisung stemmt. Der Regierungskommissar erklärt die Reichsverfassung für ein Phantom, für einen Embryo, der schwerlich lebensfähig werde. Man ist ersichtlich ratlos. Man tut sich weh mit Redensarten und Sticheleien, aber weiter kommt man nicht um einen Schritt. Selbst der „Wage“ war es hinterher zu viel, alle Reden, die teilweise von Weisheit und Gelehrsamkeit überflossen, auch nur in Kürze wiederzugeben. Zuletzt muß man sogar feststellen, daß das hohe Haus zeitweise beschlußunfähig war, da einige Herren von der Rechten sich entfernt hatten, wie man munkelte wegen dicker Luft.

Nachmittags am 8. August kamen die Abgeordneten nochmals zusammen und waren jetzt bereit, nachdem Petris Antrag auf Zurückverweisung verworfen war, darüber abzustimmen, ohne einer Entscheidung über die Betosfrage vorzugreifen, ob der vom Ausschuß empfohlene Verfassungsentwurf zur Grundlage der Beratung angenommen werden soll. Dieser Antrag ging gegen vier Stimmen mit 18 Stimmen durch. Nach dieser Abstimmung erhob sich Piderit und erklärte in sichtlich erregter Stimmung, daß er an den Verhandlungen nicht weiter teilnehmen werde. Unter großer Stille des Hauses packt er seine Papiere zusammen und ist im Begriff, sich zu entfernen. Das war der Konflikt! Man merkt es. Von allen Seiten bis weit in die Linke hinein beschwört man den Regierungskommissar, zu bleiben. Es steht denn doch zu viel auf dem Spiel: mit der Verfassung fällt auch das viel wichtigere Gesetz über die Trennung des Staatshaus-

halts vom Domanialhaushalt. Man macht Biderit auf den Vorbehalt aufmerksam. Jetzt sei der Entwurf nur ein Rahmen, in dem noch alles aufgenommen werden könne. Die Regierung möge daher nicht eher abbrechen, bis das Gesamtergebnis vorläge. Althof beantragt noch eine Vertagung etwa bis zur Festsetzung der deutschen Reichsverfassung, dringt aber nicht durch. Biderit läßt sich umstimmen. Er will sich unter Aufrechterhaltung seiner Erklärung die Sache weiter anhören, wird auch bei den einzelnen Paragraphen die Ansicht der Regierung wiederholen.

Mit Recht haben hinterher Regierungsanhänger dem Regierungsvertreter den Vorwurf gemacht, daß er ungeschickt gehandelt habe. Sein Schwanken war ohne Frage ein taktischer Fehler. Eine schwankende Politik ist unter allen Umständen schädlich. Nichts konnte den Landtag in seinen Entschlüssen nachhaltiger lähmen, als ein immerhin von den Abgeordneten verschuldetes Fernbleiben der Regierung. Schade um die Geste, die außerdem viel Geld kostete.

Noch an diesem Nachmittage begann man mit der ersten Lesung und beendigte sie ohne Unterbrechung in den folgenden Tagen.

Die Einteilung des Kommissionsentwurfs war eine wesentlich andere als die der Regierungsvorlage. Schon den ersten Abschnitt hatte man in zwei Teile zerlegt, nach dem Staatsgebiet im allgemeinen und den Lippern und deren Rechten, doch ist der Inhalt der gleiche wie in der Vorlage.

Der Abschnitt III handelt von den Gewalten im Staat und spiegelt am reinsten die demokratischen Grundsätze dieser Verfassung mit ihrer Volkssouveränität wider. Im Gegensatz zu der Regierungsvorlage werden das Volk, die Volksvertreter und der Landtag dem Fürsten und seiner Regierung vorangestellt. Zwei einleitende Artikel führen in das Hauptwerk ein. Art. 7 verkündet: „Die Gewalten teilen sich in die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt und werden auf die in der Verfassung

festgesetzte Weise ausgeübt.“ Piderit erklärte durchaus berechtigt, daß solche Bestimmungen in ein Lehrbuch gehörten, aber nicht in eine Verfassung. Er lehnte den Artikel ab und machte noch darauf aufmerksam, daß die vorgetragene Theorie in neuerer Zeit stark umstritten sei. Im Ausschuß hatte eine Minderheit, die von Ruhlemann, Hausmann, Leizmann und Hildebrand, also der radikalen Gruppe, gebildet war, verlangt, daß man den Artikel durch ihr Erachten ersetze: „Alle Gewalten gehen vom Volke aus. Sie werden auf die in der Verfassung festgesetzten Weise ausgeübt. Sie teilen sich in die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt.“ Jetzt in der Vollversammlung beantragte Dr. Leizmann, und man könnte verstehen, daß ihn Piderits Worte überzeugt hatten, statt des Minderheitserachtens zu sagen: „Die Quelle aller Staatsgewalt ist das Volk. Sie wird auf verfassungsmäßige Weise ausgeübt.“ Er wurde von Ruhlemann unterstützt: das Volk ist die Quelle dieser drei Gewalten; wie man die drei Quellen des Nils in der Neuzeit entdeckt hat, so ist auch das Volk eine Entdeckung der Neuzeit. Er beglückwünschte die Neuzeit zu dieser Entdeckung. Vergebens war ein Antrag auf Streichung des Artikels. Man schien in ihn verliebt und ließ ihn stehen.

Der Art. 8 enthält das Kampfobjekt: „Die gesetzgebende Gewalt steht dem Volke in Gemeinschaft mit dem Fürsten nach Maßgabe der in den folgenden Kapiteln enthaltenen Bestimmungen, die vollziehende Gewalt dem Fürsten zu. Die richterliche Gewalt wird von selbständigen dazu eingesetzten Behörden ausgeübt.“ Piderit verwahrte die Regierung gegen diese Auffassung, aber man erhitzte sich diesmal nicht weiter über das Thema.

Entsprechend dieser Grundlage war der weitere Stoff dieses Abschnitts in drei Kapitel geteilt. Das erste handelt von der gesetzgebenden Gewalt, die dem Volke zusteht. Was nach dem Wahlgesetz über den Landtag und seine Zusammensetzung gesagt war,

wurde hier zumeist wörtlich nach der Regierungsvorlage, doch in einer anderen Reihenfolge, übernommen. Nach der Vorlage war die Dauer des Landtags auf sechs Jahre festgesetzt, der Ausschuß hatte sich für drei entschieden, ein Minoritätserachten setzte endlich vier Jahre durch. Eine sehr lebhafte Debatte entstand um den Eid. Nach der Regierungsvorlage erfolgte die Vereidigung in gewohnter Weise auf den Fürsten und die Verfassung. Der Ausschuß hatte nur einen Eid auf die Aufrechterhaltung der Staatsverfassung vorgeschrieben. Diese Änderung war ebenso neu und auffallend wie unnötig. Wahrscheinlich hatten die radikalen Vier die zufällige Mehrheit, da sich Moriz Petri an der Abstimmung nicht beteiligte und der Abgeordnete Böhmer ein eigenes Minderheitserachten einbrachte, das den Fürsten als verfassungsmäßiges Oberhaupt in den Eid einfügen wollte. Schließlich entschied sich auch die Vollversammlung mit 16 gegen 8 Stimmen für den Minderheitsantrag.

Der Art. 40 enthält die Bestimmung: „Das letztgewählte Bureau des Landtags bleibt eventuell bis zur Neuwahl für alle Zeit in Function.“ Dies Büro wird demnach ein Ersatz für den ehemaligen Ausschuß sein. Unter Umständen — doch fehlten sämtliche Angaben über seine Zuständigkeit. Das wurde in der Vollversammlung bemängelt. Man wünschte Herstellung der Regierungsvorlage und wies den Verfassungsausschuß an, nähere Bestimmungen über die Funktionen des Landtagsausschusses in Vorschlag zu bringen. Nach dem Art. 47 hat der Landtag das Recht, Gesetzesvorschläge zu machen, vollständige Gesetzentwürfe einzubringen und darüber Beschluß zu fassen. Das war viel weitgehender als die Regierungsvorlage, die zwar Anträge und ausgearbeitete Entwürfe zuließ, aber nicht versicherte, daß diese Anträge und Entwürfe auch berücksichtigt würden.

Mit den Art. 49—52 stand man wieder auf dem alten Fleck. Zur Aufhebung, Abänderung und Auslegung von Gesetzen ist die Zustimmung des Landtags

und die Sanktion des Fürsten erforderlich. Der Fürst verkündet die Gesetze nach dem Beschluß des Landtags spätestens innerhalb vier Wochen. Der Fürst hat das suspensive Veto für zwei Sitzungsperioden. Auf Antrag des Landtags muß die Gesamtregierung entlassen oder anders besetzt werden. Ehe die Redeschlacht begann, versuchte der Horner Bürgermeister Schierenberg die auflodernden Leidenschaften einzudämmen. Er sieht den Konflikt kommen. Er weiß, wie dieser Konflikt namentlich die Vereinbarung über das Domainialvermögen erschweren und hinausschieben wird. Er weiß auch zu gut, daß die Frage über das dem Landesherrn zustehende Veto nicht in Lippe gelöst werden kann, sondern mehr oder weniger von der Gesamtentwicklung des deutschen Gesamtstaats abhängig ist. Vielleicht sieht man in einigen Monaten klarer. Man muß Zeit gewinnen. Infolgedessen beantragte er, die Abstimmung über die Art. 49—52 bis zur zweiten Lesung hinauszuschieben.

Nochmals warnte Piderit. Den Volkswillen will er anerkennen, aber er fragt, ob er nach der Kopfzahl oder nach der Vernunft der Gründe zu ermitteln sei? Er wenigstens bezweifelt nicht, daß nur verhältnismäßig wenige Wähler im Lande über diese schwerwiegende Frage ein selbständiges Urteil haben. Es ist eine Einbildung und Täuschung, wenn man sagt: der Landtag ist identisch mit dem Volk, die Abgeordneten sprechen den Willen der Wähler aus. Jeder redet nur nach seiner eigenen Überzeugung, nach seiner Erfahrung und seinen Kenntnissen. Die Meinung eines jeden Abgeordneten ist subjektiv, niemals Volkswille. Deshalb braucht das Volk neben dem Landtag auch den Fürst und die Staatsregierung als Organe zur Ermittlung der öffentlichen Meinung. Alle haben Rechte und Pflichten, man muß nur das richtige Verhältnis ermitteln. Niemals kann der Fürst seine Krone als Gnadengeschenk aus den Händen des Landtags zurücknehmen, er und seine Vorfahren haben sie in Ehren getragen, sonst herrscht gesetzloser Zustand

und Anarchie. Nochmals warnte er: wird das suspensive Veto angenommen, dann wird die Regierung an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnehmen. Das kam nun alles zu spät!

Die Redner der Linken wußten zu genau, wie teilnahmslos man bereits im Lande geworden war, mit welcher Gleichgültigkeit man von diesem Landtag sprach, wie man über seine endlosen Schwähereien, Paradesstücke und Wortklaubereien witzelte, wie auch der Einfältigste längst eingesehen hatte, daß die goldenen Versprechungen gar nicht gehalten werden konnten. Es dauerte nicht lange, bis die erste Adresse aus Uflen und dem Amt Schötmar im Residenzschloß eingeliefert wurde, in der man den Fürsten bat, diese Versammlung, die so enorm und unnütz viel kostete, endlich aufzulösen¹⁾. Dies Volk will Ergebnisse sehen! Also gut, man gebe ihm den Konflikt mit der Regierung, sagen die Radikalen im Landtage. So fallen sie über Schierenberg her, der immer nur Zeit gewinnen will, und verbitten sich Piderits sarkastisches Mitleid und seine Drohungen. Einer nach dem andern! Raum lassen sie noch jemand zu Wort kommen. Sie bleiben auf dem Boden der Revolution und sind zum Fenster hinaus für ein nacktes Entweder — Oder. Rabulistisch sucht man den Konflikt der Regierung zuzuschieben, aber Piderit weiß sich gewandt zu verteidigen. Es war ein hartnäckiges Ringen. In der Abstimmung aber siegte doch Schierenbergs Antrag mit 13 gegen 11 Stimmen. Jemand brandmarkte hinterher die Ja-Sager für ihr feiges und pflichtwidriges Verhalten und bekam einen Ordnungsruf.

Auffallend aber war es, daß niemand im Landtage, erst einige Zeit später ein Anonymus im „Volksblatt“, auf den Mangel an Logik in dem Kommissionsentwurf aufmerksam machte. Nach dem Art. 8 stand die gesetzgebende Gewalt dem Volk in Gemeinschaft

¹⁾ Näheres darüber im Lipp. Volksblatt, 1849, Nr. 38, und 1850, Nr. 2 Beiblatt, und in der Wage, 1849, Nr. 76.

mit dem Fürsten zu. Dennoch gab man ihm im Art. 51 das suspensive Veto nur für zwei Sitzungsperioden und in dem konkreten Fall einer Abänderung des Staatsgrundgesetzes, die ihm und dem Landtag nach dem Art. 104 gleichmäßig zustand, hatte er auch nur den zweimaligen Einspruch¹⁾.

Einen nicht ganz uninteressanten Verlauf nahm die Verhandlung über die Diäten der Abgeordneten, eine Aussprache, die noch jedesmal Unbehagen verursacht hatte. Es gab einen tollen Lärm, als der einzige Vertreter der Ritterschaft Freiherr v. Stietencron beantragte, Diäten überhaupt zu streichen. Natürlich, so tobte man, die reaktionäre Geldaristokratie will die besitzlosen Demokraten vom Landtag fernhalten. Nie hätten die Reichen für die Armen etwas übrig gehabt. Ein Mann von Charakter sei einem intelligenten Mann ohne Charakter stets vorzuziehen. Die Abgeordneten ständen weit über allen Beamten und müßten deshalb auch bessergestellt werden. Schön, man will auf Diäten verzichten, aber dann müssen erst die Beamtengehälter und Ruhesätze herabgesetzt werden. So schwirrt es aufgeregt durcheinander. Der Freiherr hat mit Behagen in ein Wespennest gestoßen. Schließlich wurde der Entwurf mit seinen 3 Rtlr. Diäten angenommen, aber acht Stimmen waren doch dagegen.

Das zweite Kapitel handelt von der vollziehenden Gewalt und spricht zunächst von dem Fürsten und dem fürstlichen Hause. Es bietet gegenüber der Regierungsvorlage inhaltlich kaum etwas Neues, abgesehen von einigen redaktionellen Änderungen. In der Erinnerung an das pactum tutorium war für den Fall einer Regentschaft ein Regentschaftsrat von drei Mitgliedern vorgesehen, von denen der Regent ein Mitglied, der Landtag die beiden anderen ernennt und der zu allen Regierungshandlungen seine Zustimmung geben

¹⁾ Vippisches Volksblatt, 1849, Nr. 34 vom 23. August: „Wer soll regieren: Paul Alexander Leopold von Gottes Gnaden Fürst zur Lippe oder die durch die Gunst des Volks erwählten Abgeordneten?“

muß. Schon im Ausschuß war man sich über die betreffenden Artikel nicht einig gewesen. Man dachte sich unter dem Regentschaftsrat eine Art ehrenamtlicher Staatsrat als unverantwortliche Zwischenbehörde zwischen Fürst und Regierung, eine Einrichtung, die in den Köpfen ehrgeiziger Zwischenträger zu Zeiten mehrfach in der lippischen Verfassungsgeschichte herumgespuht hat. Piderit und Heldman erklärten diesen Regentschaftsrat für eine Sinekure, für das fünfte Rad am Wagen, aber in seiner Auswirkung, auch wenn man für das Wort „Zustimmung“ das Wort „Anhörung“ setzte, für nicht ungefährlich, da seine Tätigkeit zu dauernden Konflikten mit der Regierung unbedingt führen würde. Man beantragte, da keiner recht bei der Sache war, die Abstimmung bis zur zweiten Lesung auszusetzen und inzwischen den Verfassungsausschuß zu beauftragen, darüber zu berichten, wieweit die Bestimmung mit dem alten lippischen Grundgesetz in Einklang stand.

Die weiteren Unterabteilungen dieses Kapitels handeln von der Regierung, von der Finanzverwaltung und von der bewaffneten Macht, das dritte Kapitel von der richterlichen Gewalt. Die Abgeordneten machten kaum noch Einwendungen, sie waren scheinbar müde und urlaubsreif. Kirche, Schule, Gemeindeordnungen waren unberücksichtigt geblieben. Das meiste stimmt mit der Regierungsvorlage überein. In dem Abschnitt IV über die Gewährleistung und Abänderung der Verfassung werden die Art. 103 und 104 über die gewaltsame Aufhebung des Landtags und das gemeinsame Recht der Abänderung des Staatsgrundgesetzes an den Ausschuß zurückverwiesen. Der Abschnitt V endlich bringt allgemeine Bestimmungen, die in der Regierungsvorlage vollständig fehlten, die Aufhebung entgegenstehender Verordnungen, die Forderung eines beschleunigten Erlasses der in der Verfassung vorbehaltenen Gesetze, namentlich für das Schul- und Kirchenwesen, und die Forderung, daß der Fürst noch nachträglich auf die neue Verfassung ver-

eidigt werde. Der Schlußartikel 108 lautet: „Falls die dem gegenwärtigen Staatsgrundgesetze unterliegende Deutsche Reichsverfassung nicht sollte ins Leben treten, so kann die Unterordnung unter eine andere Gewalt, sobald irgendeine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Rechte des Volks dadurch herbeigeführt wird, nur mit Zustimmung des Landtages erfolgen.“ Biderit meinte zwar, daß es eine „singuläre Bestimmung“ sei, hatte aber gegen die Sache nichts zu erinnern.

So hatte man bis zum 10. August abends die Verfassung durchgesprochen. Da verschiedene Artikel an den Verfassungsausschuß hatten zurückverwiesen werden müssen, beschloß man die Abstimmung noch aufzuschieben und vertagte sich am folgenden Tage bis zum Oktober.

In der Sitzung am 29. November (1849) berichtete Moritz Petri über die an den Ausschuß zurückverwiesenen Gegenstände. Man hatte sich endgültig überzeugt, daß die Anordnung eines Regentschaftsrats auf der Grundlage des pactum tutorium mit den Grundsätzen einer konstitutionellen Regierung unvereinbar war, und beantragte die Streichung der beiden Art. 67 und 68. Die Verantwortlichkeit der Regierung und ihre Überwachung durch den Landtag genügten vollkommen. Die Funktionen des Landtagsausschusses wurden auf die Geschäfte in der Katasterkommission, in der Landkassenadministration und in der Vertretung des Landtags während seiner Vertagung festgelegt. Man schlug deshalb vor, den Art. 40 entsprechend umzuändern und statt des Büros wieder den alten Ausschuß einzuführen, beantragte aber nicht drei Mitglieder wie ehemals, sondern fünf. Eine Minderheit beantragte, den Art. 103 über die gewaltsame Aufhebung des Landtags zu streichen und den Art. 104 anders zu fassen, wonach die Abänderung des Staatsgrundgesetzes nur in Übereinstimmung des Fürsten mit einer Zweidrittelmehrheit des Landtags stattfinden kann. Eine Revision des Wahlgesetzes endlich wurde verneint, da ein Bedürfnis nicht vorlag.

Bis auf die Streichung des Art. 103 schloß man sich in der Sitzung vom 8. Dezember den Vorschlägen des Ausschusses an. Auch strich man den Art. 52, der die Entlassung der Gesamtregierung auf Antrag des Landtages forderte. Dagegen blieb der Art. 51 mit seinem suspensiven Veto für zwei Sitzungsperioden bestehen, obwohl man noch an der Frist und an der Mehrheit des Landtags herumzudoktern suchte, um die Vorschrift dem Fürsten schmachhafter zu machen. In dieser Fassung wurde das Staatsgrundgesetz nach der Fassung des Kommissionsentwurfs mit 13 Stimmen gegen 9 in erster Lesung angenommen.

Die zweite Lesung, die am 13. Februar 1850 vorgenommen wurde, ging schnell vorüber. Diesmal wurde die Streichung des Art. 103 angenommen, da man doch einsah, daß sein Inhalt die Revolution selbst war. Bevor man zur Abstimmung schritt, erklärte Piderit, daß er nicht weiter hätte opponieren wollen. Die Regierung wird sich eine sorgfältige Prüfung und weitere Beschließung vorbehalten. Auf einem nächsten Landtage, wo der Gegenstand abermals vorgenommen werden möchte, würden wohl, so hoffte er, die beiderseitigen Ansichten, wie es jetzt freilich noch der Fall wäre, nicht mehr so schroff einander entgegenstehen. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit von 14 gegen 11 Stimmen.

Damit war das Verfassungswerk im Landtag abgeschlossen.

Aber das Staatsgrundgesetz war deshalb nicht angenommen. Schon am nächsten Tage kam es zu einem scharfen Zusammenstoß. Der Abg. Hausmann beantragte, an den Fürsten eine aus dem Präsidenten und sechs Mitgliedern des Landtags bestehende Deputation zu senden, um ihm den vom Landtag angenommenen Vorschlag wegen Trennung des Staatshaushalts vom Domonialhaushalt und die Verfassungsurkunde, die man beide als unzertrennlich ansah, mit dem Gesuch um Annahme und Gewährung zu überreichen. Bei der Debatte über diesen Antrag wurde von der Linken

wiederum kategorisch bestritten, daß die Verfassung von 1836 noch rechtsgültig sei. Der Freiherr v. Stietencron, Moritz Petri und Piderit traten dieser Auffassung ebenso entschlossen entgegen. Piderit bestritt die Ansicht des Landtags, daß er ein konstituierender sei. Seine Rechte sind 1836 genau bestimmt, hier aber handelt es sich um kein Recht, sondern um die Begutachtung eines Verfassungsentwurfs, der in der vorliegenden Form von der Regierung schwerlich angenommen werden wird. Dennoch wurde der Antrag Hausmann mit 14 gegen 10 Stimmen durchgebracht. Aber der Präsident, es war Pastor von Cölln aus Detmold, bat, ihn von der Verbindlichkeit, die Deputation zu führen, befreien zu wollen, da er gegen den Antrag gestimmt hätte. So unterblieb sie.

Nachdem am 2. März der ganze Staatshaushalt genehmigt war, will man die Tagung mit der Wahl eines Landtagsausschusses, der den Landtag bis zur nächsten Sitzungsperiode vertrat, endlich abschließen. In der neuen Verfassung waren für diesen Ausschuss fünf Mitglieder bestimmt. In der Verfassung von 1836 und in dem Wahlgesetz vom 16. Januar 1849 waren dagegen nur drei Mitglieder vorgesehen. Jetzt sprach man auf der Linken von der Wichtigkeit gerade des Ausschusses in den höchsten Tönen, im Entwurf war von ihm überhaupt keine Rede gewesen. Heldman sagte, daß die Regierung die Wahl eines anderen Ausschusses als des in der Verfassung von 1836 anerkannten nicht genehmigen werde. Sechs Mitglieder der Rechten kennzeichneten die neue Einrichtung, die auf keinem Gesetz beruhte, als wertlos und gefährlich. Wertlos, da sie die Regierung nicht annahm, und gefährlich, weil der Landtag selbst durch Mißachtung eines noch bestehenden Gesetzes Anlaß zu Konflikten bot. Dieser Erklärung schlossen sich noch zwei weitere Abgeordnete an und verließen mit jenen die Sitzung. Da ein Abgeordneter bereits abgereist war, wurde der Landtag beschlußunfähig. In hoher Zahl sind seine

Mitglieder selbst ausgerissen. Der Landtag muß bis zur nächsten Sitzungsperiode vertagt werden.

Es entbehrt nicht eines gewissen Humors, wenn man hört, daß der Landtagspräsident hinterher ratlos war, wem er die Schlüssel des Landtagsarchivs übergeben soll. Denn mit dem Büro hört auch die Tätigkeit des Archivars auf. „Die herrenlosen Schlüssel des lippischen Landtagsarchivs charakterisieren den constitutionellen Staat im Jahre 1850“, bemerkte durchaus treffend ein Witzbold in der „Wage“¹⁾.

Aber war der Landtag wirklich inzwischen unvertreten? Wie man es nahm. Nach der Verfassung von 1836 jedenfalls nicht. Noch bestand ein Ausschuß in altlandständischer Form, der auf dem außerordentlichen Landtage von 1849 provisorisch gewählt war und sich aus den Deputierten v. Stietencron, Schierenberg und Moriz Petri zusammensetzte. Auch er zerfiel in diesem Augenblick. Kurze Zeit nach der Vertagung des Landtags am 10. März starb der Regierungspräsident Petri. Als Ersatz für ihn wurde nun endgültig sein Sohn Moriz Petri als Geheimer Regierungsrat in die Regierung aufgenommen. Damit schied er aus dem Landtag und aus dem Ausschuß aus. Dennoch hat die Regierung die beiden übrigbleibenden Ausschußdeputierten anerkannt und innerhalb ihres Wirkungskreises nicht gestört. Regierungsdirektor wurde nach Petris Tode der Geheime Regierungsrat von Meien.

Die Regierung hatte Moriz Petri mit der Zusammenstellung des Landtagsabschiedes beauftragt. An sich gehörten Landtagsabschiede einer untergegangenen Zeit an und paßten nicht mehr in das konstitutionelle System. Die Verhandlungen waren öffentlich, Regierungskommissare vertraten die Ansicht der Regierung, Regierungsbeschlüsse waren schon während des Landtags mitgeteilt oder hatten durch inzwischen verkündete Gesetze ihre Erledigung gefunden. Dennoch wollte

¹⁾ Die Wage, 1850, Nr. 73.

man diesmal noch die alte Form beibehalten, da der Landtag auf mehrere Anträge landesherrlich noch beschieden werden mußte. Dazu gehörte auch das Staatsgrundgesetz. Aber man sagte sich: je kürzer, je besser. Man will sich in keiner Weise binden. Man beabsichtigt nicht, die Regierungsvorlage unbedingt auf dem nächsten Landtage unverändert wieder vorzulegen. Schon das Scheitern der Reichsverfassung gab der Zeit ein anderes Gesicht. Welche Verfassung aber das Erfurter Unionsparlament noch zustande brachte, wußte niemand. Vielleicht genügt für Lippe auch schon ein neues Wahlgesetz.

Biderit als Berichterstatter hatte einen Entwurf ausgearbeitet, in dem er die Auffassung der Regierung auch begründete. Man entschloß sich aber, die Begründung besser fortzulassen. In dem Abschied vom 13. August 1850 erklärt der Fürst, daß es zweckmäßig gewesen wäre, den Entwurf einer neuen Verfassungs-urkunde vorzulegen, weil die Verfassung von 1836, die allerdings noch zu Recht bestand, durch sein Patent vom 9. März 1848 und durch das Wahlgesetz vom 16. Januar 1849 abgeändert war. Der Landtag aber habe ohne Rücksicht auf den § 32 der Verfassung von 1836, der ihm bekanntlich nur die Erstattung eines Gutachtens vorschrieb, selbst einen in den wesentlichsten Grundzügen abweichenden Entwurf vorgelegt und seine Annahme beantragt. Aus formellen und materiellen Gründen sehe er sich jedoch veranlaßt, diesem vom Landtag beantragten, den fürstlichen Rechten so wenig als dem Interesse des Landes entsprechenden Entwurf seine Zustimmung ganz entschieden zu versagen, und behalte sich vor, nach Befinden der Umstände dem nächsten Landtage weitere Mitteilungen über den Verfassungsentwurf vorlegen zu lassen.

Der Verlauf der Ereignisse in der Detmolder lutherischen Kirche hat eine geradezu auffallende Ähnlichkeit mit den Vorgängen in der Frankfurter Paulskirche. Der Landtag gibt sich eine Verfassung, die von

der Regierung verworfen wird. Zum Schluß läuft nach dem Beispiel der Nationalversammlung eine Anzahl von Abgeordneten sogar mit dem Landtagspräsidenten an der Spitze davon und kümmert sich nicht weiter um das Schicksal dieses Landtags. Es war ein klägliches Schauspiel.